

Das Ende des Neoliberalismus? Corona-Krise: Realitäten und Potentiale

Track 6: Demokratie und Kapitalismus: ökonomische Macht zähmen

Georg Hubmann – Marie Jahoda – Otto Bauer Institut georg.hubmann@jbi.or.at

Johannes Rendl – Marie Jahoda – Otto Bauer Institut johannes.rendl@jbi.or.at

Die Coronakrise erschien kurzzeitig als Chance für weitreichende Veränderungen in unserer Gesellschaft. Der Bundeskanzler gab die Parole „Koste es was es wolle“ aus und stockte ein Hilfspaket für die Wirtschaft innerhalb einiger Wochen von 4 Mrd. auf 38 Mrd. oder 10% des BIP auf. (vgl. Bachner 2020) Mit den großen Einschnitten in Wirtschaft und Gesellschaft sehen einige Wirtschaftsexpert_innen schon das Ende des Neoliberalismus heraufziehen, weil massive staatliche Interventionen notwendig sind, um die Folgen des gleichzeitigen Angebots- und Nachfrageschocks aufzufangen. Doch wie nachhaltig sind diese Bemühungen und bringen sie wirklich eine Veränderung der Kräfteverhältnisse im Kapitalismus?

Ein Blick in die Praxis

Die Struktur des Hilfs- und Härtefonds lässt Zweifel aufkommen, dass sich an der Form des herkömmlichen Wirtschaftens etwas Grundsätzliches geändert hätte. Das Maßnahmenpaket sieht Mietstundungen und keine Mieterlässe vor, die Nettoersatzraten des Arbeitslosengeldes wurden nicht erhöht stattdessen die Pfandleiher aufgesperrt, Staatsbeteiligungen an systemrelevanten Schlüsselunternehmen wurden bislang nicht ausgebaut.

Wir haben an anderer Stelle darauf verwiesen, dass der Wirtschaftskreislauf in der (Corona)Krise am Besten an an eine Herz-Lungenmaschine angeschlossen wird. Einnahmen und Ausgaben von Betrieben hätten staatlich zugeschoßen werden müssen, um die derzeitige ökonomische Struktur auf dem Stand von Februar 2020 einzufrieren und, nach dem die Pandemie eingedämmt wurde, wieder aufzutauen. (vgl. Hubmann/Rendl 2020) Die Regierung hätte als „buyer of last resort“ auftreten müssen und so viele Menschen vor der Arbeitslosigkeit bewahrt. Es kam anders. Die genauen Auswirkungen wird man abwarten müssen; der Anstieg der Arbeitslosigkeit um 66 % im März 2020 im Vergleich zum Vorjahr gibt aber Aufschluss darüber, wo uns die Reise hinführt. Gleichzeitig laufen kleinere, regionale Strukturen nach der Krise Gefahr von großen und multinationalen Unternehmen aufgesogen zu werden und so einer Oligo- oder Monopolisierung Vorschub zu leisten. Im Gegensatz zu Deutschland, wo deutlich größere Töpfe für staatliche Beteiligungen bereitstehen, hört man in Österreich nichts dergleichen. Nur das Land Wien hat 50

Millionen für Teilverstaatlichungen bereitgestellt. (vgl. Hanke/Ludwig 2020) Und das obwohl die Aussichten für die österreichische Wirtschaft desaströs sind. Der IWF geht von einem negativen Wachstum von -7% für Österreich aus, das WIFO von -5%, die Arbeitslosigkeit soll sich verdoppeln. (vgl. Baumgartner 2020, IMF 2020)

Für die Regierung scheint, sieht man sich ihre Maßnahmen genauer an, eine Rückkehr zum marktradikalen „business as usual“ das Ziel, und keine nachhaltige Veränderung ihrer Politik im Sinne einer Reaktion auf die brennenden Zukunftsfragen unserer Gesellschaft. Gerade im Zuge der Coronakrise werden Bruchlinien in der Gesellschaft (z.B.: soziale Ungleichheit, Marktversagen in systemrelevanten Bereichen, Bewertung von Arbeit, Digitalisierung, etc.) aber immer deutlicher sichtbar. Deshalb erscheint es uns wesentlich einen erneuten Blick auf diese Maßnahmen zu werfen. Denn klar ist, schnelles und wirksames Handeln ist notwendig, genauso wie eine Abkehr von der Krisenbewältigung mit Rezepten aus der neoliberalen Mottenkiste. Nur so können substantielle Verbesserung entlang der genannten Bruchlinien bewerkstelligt werden.

Zur Einordnung: Polanyis Doppelbewegung

Um diese Entwicklungen und ihr Potential für eine gesellschaftliche Veränderung bewerten zu können, wollen wir Karl Polanyis These der „Doppelbewegung“ nutzen. Sie erscheint hilfreich zur Kontextualisierung der aktuellen Entwicklungen. Polanyi konstatierte in „The Great Transformation“ bei der Herausbildung des modernen Kapitalismus eine „Doppelbewegung“, die im Verhältnis von Gesellschaft und Wirtschaft die wechselnden Kräfteverhältnisse beschreibt:

„For a century the dynamics of modern society was governed by a double movement: the market expanded continuously but this movement was met by a countermovement checking the expansion in definite directions. Vital though such a countermovement was for the protection of society [...]“. (Polanyi 2001, S. 136)

Diese Doppelbewegung lässt sich bis heute nachzeichnen. Dabei sind die Idee der Arbeiter_innenbewegung sowie wirtschaftsliberale Denkmuster zentrale Triebfedern für die wechselnden Kräfteverhältnisse zwischen Gesellschaft und Wirtschaft. Die Arbeiter_innenbewegung setzt sich für eine Einhegung der Marktkräfte ein und rückt gesellschaftliche Ziele in den Mittelpunkt ihrer Agenda. Damit hat sie sich vor allem in der Zeit nach 1945 durchgesetzt. Während der Zeit der Vollbeschäftigung und der fordistischen

Produktionsweise waren neoliberale Theorie und Praxis nur eine Randnotiz. Mit der neoliberalen Wende zu Beginn der 1980er Jahre setzt die Gegenbewegung für die Seite der Wirtschaft ein. Nach einer Reihe von Krisen konnten sie sich im Westen ideologisch über Austeritätspolitik verfestigen, im globalen Süden durch Gewalt (Chile). Mit dem Fall der Sowjetunion und damit dem Ende der Systemkonkurrenz konnten neoliberale Politiken in allen politischen Parteien und auch in der Arbeiter_innenbewegung Oberhand gewinnen. Diese Entwicklung hält bis heute an und hat auch die vergangenen Wirtschaftskrisen überdauert.

Einordnung der Entwicklungen

Um der Frage nachgehen zu können, ob wir wirklich am Anfang vom Ende des Neoliberalismus stehen, wollen wir uns die politischen Maßnahmen, die im Zuge der Corona Hilfspakete verabschiedet wurden, genauer ansehen. Speziell diejenigen, die auf die Abkehr von der wirtschaftsliberalen Idee des Nachwächterstaats hindeuten, sollen untersucht werden. Die Effekte dieser Maßnahmen machen eine erste Einordnung im Rahmen der Polanyi'schen Doppelbewegung möglich. Sie erzeugen den Rahmen unter dem es möglich wird abzuschätzen in welche Richtung die Entwicklung geht. Ob es sich um Vorboten einer Gegenbewegung zum vorherrschenden Neoliberalismus handelt oder schlicht um ein „more of the same“.

Um neben der Bewertung von Maßnahmen entlang der Doppelbewegung auch einen Zielhorizont aufzuspannen, wollen wir politische Maßnahmen zeigen, die entlang der aktuellen Bruchlinien eine Gegenbewegung im Polanyi'schen Sinne bewerkstelligen können und in Richtung der Wiedererlangung des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft weisen. Denn das wäre die Agenda für eine progressive Politik in Zeiten der Krise, die eine Zivilisierung der Märkte und eine Re-Regionalisierung von globalen Güterketten herbeiführt oder mit einer Jobgarantie ein gutes Leben der Vielen möglich macht.

Literatur:

Bachner, Michael (2020): 38 Milliarden gegen Corona: „Koste es, was es wolle“, Kurier, 18.03, <https://kurier.at/politik/inland/38-milliarden-gegen-corona-koste-es-was-es-wolle/400785833>

Baumgartner, Josef (2020): Wirtschaftliche Entwicklung im Zeichen der COVID-19-Krise, 23.04,

https://www.wifo.ac.at/news/wirtschaftliche_entwicklung_im_zeichen_der_covid-19-krise

Hanke, Peter/Ludwig, Michael (2020): Wien beteiligt sich an Firmen um Jobs zu sichern, 05.04, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200405_OT50035/ludwig-hanke-wien-beteiligt-sich-an-firmen-um-jobs-zu-sichern

Hubmann, Georg/Rendl, Johannes (2020): „Flatten the bankruptcy curve“: Wie wir die kommende Wirtschaftskrise meistern können, <https://jbi.or.at/flatten-the-bankruptcy-curve/>

IWF (2020): Austria and the IMF, <https://www.imf.org/en/Countries/AUT>

Polanyi, Karl (2001): The Great Transformation: The political and Economic Origins of Our Time, 2. Auflage, Boston: Beacon Press